



Sitzungsvorlage

Nr.: 353/2004
ausgefertigt am: 24.11.2004
Fachamt: Interner Servicebetrieb
zu beteiligende Gremien: – Kreisausschuss
– Kreistag

Berufung der ehrenamtlichen Richter in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit

Mit Wirkung vom 01.01.2005 wird voraussichtlich das Siebente Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes (7. SGGÄndG) in Kraft treten. Nach dem aktuellen 7. SGG-ÄndG-Entwurf (E) wird die Gerichtsbarkeit u. a. in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes auf die Sozialgerichte übertragen werden.

Gemäß § 14 Abs. 5 i. d. F. Art. 1 Nr. 6 des 7. SGG-ÄndG-E werden die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes mitwirken, von den Kreisen und kreisfreien Städten aufgestellt.

Auf den Landkreis Cuxhaven entfallen 2 Vorschlagsrechte. Bei entsprechender Anwendung des § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist die doppelte Anzahl der erforderlichen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter vorzuschlagen.

Der Landkreis Cuxhaven wurde vom Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen aufgefordert, insgesamt 4 ehrenamtliche Richterinnen oder Richter zu benennen. Dabei ist zu beachten, dass entsprechend § 28 VwGO für die Aufnahme in die Liste die Zustimmung von mindestens 2/3 der gesetzlichen Mitgliederzahl des Kreistages erforderlich ist.

Von den Vorgeschlagenen ist nach Benennung durch den Kreistag ein Erklärungsformular auszufüllen (ein Muster ist als Anlage 1 beigelegt).

Zu den Kriterien der Benennung verweise ich auf die Anlage 2.

Vorschlagsberechtigt für die Benennung der ehrenamtlichen Richter/innen sind gemäß § 47 NLO die CDU-Kreistagsfraktion sowie die SPD-Kreistagsfraktion für jeweils 2 Benennungen.

Beschlussvorschlag:

Auf Vorschlag der Fraktionen werden 4 Personen für die Vorschlagsliste zur Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen oder Richter in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit benannt.

Bielefeld